



Marieluise Beck
Mitglied des Deutschen Bundestages

Marieluise Beck, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin

Marieluise Beck
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 71605
Fax: (030) 227 – 76262
Email:
marieluise.beck@bundestag.de

Wahlkreis

Marieluise Beck
Schlachte 19/20
28195 Bremen
Tel: (0421) 30 11 200
Fax: (0421) 165 53 53
Email:
marieluise.beck@wk.bundestag.de

Berlin, 24.02.10

Reisebericht Afghanistan vom 16.2. bis 21.2.2010

Dienstag, 16. Februar: Ankunft in Kabul

Frau Stilz vom DAAD empfing mich in Kabul und war erstaunt, dass ich einfach ohne Schutz und Begleitung anreiste. Ihre Bemerkung legt das Dilemma offen, dass mit geschützten Führungen nach Masar-i Sharif und Kabul die Entwicklung im Land zu wenig gesehen wird. Zumal den Journalismus die Sensation interessiert, weil sich aus steter Aufbauarbeit keine Schlagzeilen machen lassen. Frau Stilz kommentierte leicht resigniert: „Ich habe den Eindruck, dass in Deutschland immer geschrieben wird, dass alles schlimmer würde, dabei geht es überall voran. Aber den Fortschritt will scheinbar niemand sehen.“

Die anfangs schwierige Aufbauarbeit des DAAD in Afghanistan wird seit 2007 im afghanischen Bildungsministerium koordiniert und läuft heute unter deutlich besseren Bedingungen und mit mehr Eigenverantwortung der Afghanen. Es bleibt aber neben fehlender Ausstattung vor allem das Problem der Ausbildung. Neu eingerichtete Rechenzentren und gebaute Straßen sind besser zu präsentieren als Investitionen in Bildung.



Es gibt sehr viele Studentinnen und Dozentinnen. Die Frauenquote unter den Dozentinnen soll inzwischen sogar höher sein als in Deutschland. Aussagen von Malalai Joya, es sei den Frauen unter den Taliban besser gegangen, machen Frau Stilz fassungslos. Alle zwei Jahre gebe es eine neue Generation von Studentinnen, die zunehmend selbstbewusster aufträten. Eine ihrer Dozentinnen arbeitet nach der Geburt ihrer zwei Kinder inzwischen wieder ganztägig. Neben Studentinnen, die nach der Eheschließung auf Wunsch ihrer Männer die Ausbildung abbrechen, gebe es immer

mehr Frauen, die als Mütter einer vollen Beschäftigung nachgingen.

16./17. Februar: Herat

Herat liegt 130 km von der iranischen Grenze entfernt. Neben der mehrheitlich tadschikischen Bevölkerung tummeln sich hier allerlei undurchsichtige Gestalten. Der iranische Geheimdienst, die CIA, der BND, britische Soldaten und natürlich die Profiteure des massiven Drogenhandels. Die Prostitution ist fest in chinesischer Hand. In der Stadt gibt es erbarmungswürdig aussehende Kinder. Am Flughafen, der eher einer Landstraße für Flugzeuge mit Ankunftsschalter



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

gleich, werden die Koffer auf Karren ausgeladen. Zwei Jungen mit Schubkarren übernehmen unser Gepäck. Sie sollen die Ernährer ihrer Familien sein.

Hochschulaufbau in Herat

Am Flughafen holte mich Dr. Farangis, ein ehemaliger iranischer Asylbewerber, der in Deutschland Physik studierte, mit dem Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Hochschule ab. Er baut seit zweieinhalb Jahren für den DAAD die naturwissenschaftliche Fakultät auf. Der Campus besteht aus mehreren Neubauten, die auf unbebautem Acker errichtet wurden. Noch gibt es großen Platzmangel, der Wachstumsdruck ist enorm.

In fast beschämender Weise bedankten sich Rektor und Lehrkörper, unter ihnen auch drei Professorinnen und junge Dozenten, für die Hilfe des DAAD und der Weltbank. Drei Studenten habe es nach der Vertreibung der Taliban an der pädagogischen Fakultät noch gegeben. Nun, fünf Jahre nach der Neueröffnung, seien es 2.500. Die Universität sei von 700 auf 7.000 Studierende gewachsen. 100.000 junge Menschen hätten sich im vergangenen Jahr auf die naturwissenschaftlichen Studienplätze beworben – Tendenz steigend.



Meine Berichte über die deutsche Debatte und die Unsicherheit in der deutschen Bevölkerung, ob unser Tun militärisch und zivil noch verantwortbar sei, stießen auf Unverständnis. Die Lehrkräfte machten klar, dass die Internationale Gemeinschaft und ihre Unterstützung bei Erziehung und Bildung, aber auch militärischer Schutz gebraucht werde.

Nach einer Führung durch chemische und physikalische Laboratorien präsentierten junge Studierende im großen IT-Saal - dem ganzen Stolz der Universität mit ca. 60 nagelneuen Rechnern - ihre Arbeit mit einer Power-Point-Präsentation. Einige von ihnen waren bereits bei ihrem Partner, der TU, in Berlin. Sie sind begierig nach Wissen, dem Anschluss an die moderne Welt und trotz Skepsis gegenüber ihren eigenen Zukunftsaussichten voller Hoffnung.

Die Haushälterin des iranischstämmigen Professors – sie ist die Ernährerin ihrer Familie – berichtete am Abend, dass sie in einer besonderen Notlage mit ihrem Mann zur Opiumernte in die Provinz Helmand gegangen sei. Dort hätten sie nach sechs Wochen Arbeit als Lohn 1kg Opium erhalten, das sie für 100 US-Dollar an den Landbesitzer zurückverkaufen mussten. Ihr Verdienst belief sich damit auf 100 US-Dollar für sechs Wochen und zwei Personen.

Gesundheitsbildung in Herat

Eine amerikanische Krankenschwester mit iranischer Abstammung und Sprachkenntnissen in Farsi bildet lokale Kräfte aus. Ihr Ausbildungsprojekt dient vor allem der Unterweisung der Frauen in den Dörfern. Zwar könnten derzeit Frauen nicht frei die Region bereisen, aber Männer übernehmen die Ausbildung von Frauen in den Dörfern insbesondere in der Behandlung von Kinder- und Frauenkrankheiten. Die Kindersterblichkeitsrate sei in Afghanistan weltweit die



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

höchste gewesen. Schwache Kinder seien nach der Geburt zur Seite gelegt, erkrankte seien oft falsch behandelt worden.

Inzwischen hat sich vieles verbessert. Die Kindersterblichkeit ist in den letzten fünf Jahren von 257 (pro 1.000 Kinder) auf 161 gesunken, was das Überleben von mehr als 100.000 Kindern pro Jahr seit dem Abzug der Taliban bedeutet.

Die Schwester berichtete weiterhin über Bildungsprojekte in Herat, Dorfentwicklungsprogramme und von einem Anti-Tuberkuloseprogramm. Die Ernährungssituation in den Dörfern sei katastrophal. Die Arbeit dort sei nur möglich, wenn man sich an die Kultur und Kleidungsgebote halte. Für Frauen bedeute dies weiterhin das Tragen des Tschador Namas (ein schwarzes Tuch, das selbst die Füße bedeckt und außer den Augen auch Haare und Gesicht verhüllt). Aber die Frauen sehnten sich nach Freiheit - danach, Sport zu treiben, es würden Tischtennisclubs eröffnet.

Ein riesiges Problem sei die fehlende Bildung vieler Frauen. Oft stillten Mütter ihre Kinder nicht in der ersten Woche, sondern gäben sie zu Ammen. Die Rückbildung der Geburtsfolgen würde dadurch erschwert, den Kindern würde die schützende Muttermilch der ersten Tage verwehrt. Den Neugeborenen werde – früher mit Kohle, heute mit Kajal – die Augenränder schwarz angemalt, um den „bösen Blick“ abzuwenden. Dies führe zu schweren Entzündungen bis hin zum Erblinden. Die Vermittlung grundlegenden Wissens sei das Wichtigste ihrer Arbeit. Selbst in den weit abgelegenen Dörfern fragten die Familien vor allem nach Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder, auch für die Töchter.

Das Repressionsregime der Taliban habe vordergründig mehr Sicherheit geboten als jetzt. Man lebe täglich mit den Taliban zusammen. Sie seien oft Teil der Familien und leben nicht nur in den Bergen sondern auch in den Städten. Die Krankenschwester befürchtet, Herat könne wie Kandahar unter Einfluss der Taliban geraten, die jede Modernität verhinderten. Die Menschen hätten Angst vor den Taliban. Die Schwester forderte eine Verdoppelung der Mittel für die Arbeit der NGOs und den Verbleib des internationalen Militärs, um den NGOs ihre Arbeit zu ermöglichen. Eine Arbeit in der Region sei ohne Schutz des Militärs fraglos unmöglich.

18. Februar: Kabul

Treffen in der Heinrich Böll Stiftung mit NGO Vertreterinnen

12 Frauen, die für verschiedene afghanische NGOs arbeiten, berichteten über ihre Arbeit. Die alles überwölbende Frage für Frauen und Mädchen sei der Zugang zu Bildung. Die Verheiratung von Mädchen weit unterhalb des zulässigen Heiratsalters von 16 Jahren sei weit verbreitet, viele Frauen litten gesundheitlich unter Geburten, die ob ihres Alters physisch zu enormen Belastungen führten, auch Gewalt gegen Frauen sei weit verbreitet. Brautgeld und große Hochzeiten bedeuteten für die Familien enorme finanzielle Belastungen. Man könne fast von der Regel ausgehen, dass „teure“ Bräute besonders oft Gewalterfahrungen machten. Schließlich habe man für sie viel Geld bezahlt. Übergriffe von Schwiegermüttern gehörten ebenso zum Alltag wie die von Männern.

Der Schlüssel liege darin, die Eltern zu überzeugen, ihre Töchter zur Schule gehen zu lassen. Nur das schütze vor Gewalt und Ausbeutung. Präsident Karsai habe zwar ein Dekret gegen die Gewalt gegen Frauen erlassen, aber eine parlamentarische Gesetzgebung dazu gebe es noch nicht.



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es gebe derzeit zum einen ein Gesetz, dass eine Frau nicht ohne die Erlaubnis ihres Mannes das Haus verlassen dürfe. Ein weiteres Gesetz, das angeblich dem Schutz der schiitischen Minderheit dienen soll, beinhalte, dass die Frauen jederzeit zur Befriedigung der körperlichen Bedürfnisse ihrer Männer bereit zu sein hätten. Geburtenkontrolle gebe es kaum. Die ausbleibende Geburt von Söhnen werde den Frauen zum Vorwurf gemacht und führe häufig zu Polygamie. Es gebe keine Schulpflicht für Kinder, natürlich auch nicht für Mädchen. Zudem sei eine flächendeckende Versorgung mit Schulen nicht gewährleistet.

Die Frauen äußerten ihre Sorge, die Politik der *Reconciliation* könne ihre Rechte beschneiden. Frauenrechte und Menschenrechte dürften nicht zur Disposition gestellt werden. Die Regionen entwickelten sich unterschiedlich. In den Hasara-Gebieten sei der Anteil der Mädchen in den Schulen mit 45% sehr hoch und selbst in Kandahar gebe es Fortschritte. In den südlichen Provinzen seien die Probleme jedoch besonders gravierend. Dort herrschten inzwischen eher die Schmuggler und Mafiosi als die Stammesältesten. Die neue Offensive sei notwendig gewesen, sagen die Frauen, aber nun sei der zivile Aufbau gefragt.

Frau Jamila Mujahid, die Direktorin des Radiosenders „Radio Voice of Afghan Women“, bemüht sich um die Ausweitung der Sendemöglichkeiten von Radiosendungen für Frauen. In den südlichen Regionen werde die ideologische Propaganda der Taliban verbreitet. Frau Mujahid war 2001 die erste Frau, die nach dem Abzug der Taliban im Radio eine Ansprache mit dem Titel „Frauen, Schwestern, die dunklen Tage sind vorbei“ hielt.

Die Leiterin der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistan - eine sehr erschrockene Kinderärztin – schilderte die zunehmende Einschränkung ihrer Arbeit durch die fehlende Sicherheit. Auch die Unterstützung durch die UNO habe deutlich nachgelassen. Dennoch sei ihre Arbeit bekannt und immer wieder meldeten mutige Bürgerinnen und Bürger dramatische Übergriffe.

Die Frauen wissen, dass sie einen langen Weg vor sich haben. Sie sind ungeduldig und realistisch zugleich. Sie wollen nicht mehr zurück in die alten Zeiten – und sie setzen auf internationale Unterstützung. Sie baten nachdrücklich darum, nicht allein gelassen zu werden.

Regierungsvertreter

Während eines Treffens gab man uns zu verstehen, dass die EU als Akteur in Afghanistan wegen zahlreicher bilateraler Abkommen der Mitgliedsstaaten und Konkurrenzen untereinander geschwächt sei. Angesicht des großen amerikanischen Engagements, das nun die Amerikaner unter Obama vorlegen, drohe der EU noch mehr Bedeutungsverlust.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Idee des *Reconciliation* nicht nur von der internationalen Gemeinschaft und Präsident Karzai stammt, sondern auch von einer Minderheit der Quetta Shura, also von den Taliban. Bei den Taliban seien die Verluste sehr hoch. Sie hätten verstanden, dass keine Seite die Auseinandersetzung militärisch gewinnen könne. Die Gruppe um den Warlord Gulbuddin Hekmatjar spiele zwar neben den Taliban insbesondere in den paschtunischen Taschen im Norden noch eine Rolle. Er selbst sei allerdings bedeutungslos geworden.

Für den Erfolg der *Reconciliation*-Politik sei unabdingbar, dass die afghanische Regierung und die ISAF für die Taliban nachvollziehbar nicht aus der Position der Schwäche heraus agierten. Die Aufstockung der Soldaten von 30.000 vor zwei Jahren auf nun 130.000 sei die Voraussetzung für das Konzept.



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dreh- und Angelpunkt der *Reconciliation*-Politik sei jedoch die politische Kooperation zwischen der afghanischen und der pakistanischen Regierung. Beide müssten verstehen, dass sie ein gemeinsames Interesse daran haben, den Taliban im jeweils anderen Land keine Rückzugsgebiete zu bieten. Problematisch sei die Intransparenz der Machtverhältnisse in Pakistan, die zunehmend schwächer werdende Regierung und die nach wie vor offene Frage, ob der pakistanische Geheimdienst eine Destabilisierungspolitik gegenüber Pakistan betreibe. Ein regionaler Ansatz sei für die dauerhafte Stabilität des Landes unabdingbar. Afghanistan müsse zwischen den Atommächten China, Pakistan, Russland und Indien gute Nachbarschaft suchen.

ISAF-Hauptquartier

General McChrystal wurde als überaus ambitioniert und ernsthaft dargestellt. Ihm zur Seite steht als Leiter des zivilen Teils des NATO-Mandats der ehemalige britische Botschafter Mark Sedwill. Ein sehr entschlossener, schnell denkender und zupackend wirkender Kenner Afghanistans. Er legte eine schonungslose Analyse der vergangenen Jahre, der vertanen Chancen und des Verlusts an wertvoller Zeit vor. Die Tatsache, dass die UNO aus Sicherheitsgründen aus immer mehr Gebieten ihre Mitarbeiter abzieht, habe zu einem Vakuum im zivilen Aufbau geführt. Das müsse nun schnell durch ISAF und deren Wiederaufbauteams ausgefüllt werden, damit Fortschritt sichtbar und spürbar für die Bevölkerung würde.

McChrystal habe einen starken zivilen Leiter von ISAF akzeptiert, weil er die fehlende Balance zwischen zivilen und militärischen Einsatz in Afghanistan erkannt habe. Zivile und militärische Leitung arbeiteten nun Tür an Tür. Dafür habe McChrystal die taktisch-militärische Arbeit vollständig an General Rodrigues übergeben und sei daher spürbar entlastet zugunsten strategischer Projekte wie *good governance*, Institutionenaufbau und Entwicklung der Regionen. Dazu hätten die Amerikaner zusätzlich zu den militärischen Kräften eine große Zahl von zivilen Aufbauhelfern wie Verwaltungsfachleute, Landwirtschaftsberater, Techniker und Ingenieure ins Land gebracht. Die neue Formel laute: 50% ziviler Aufbau, 50% Aufstandsbekämpfung, immer gemeinsam mit der afghanischen Armee und in Absprache mit der Regierung. McChrystal wird ein großer Einfluss auf Präsident Karsai zugeschrieben.

Deutschland hat seine Mittel für den zivilen Aufbau auf 240 Mio. Euro verdoppelt, die USA zahlten 1,5 Milliarden Dollar. Es sei sehr gewünscht, dass die Nationen sich nicht in „ihren“ Provinzen eingraben, sondern über deren Grenzen hinaus kooperieren. Die starke Dominanz der Amerikaner drohe, die Europäer an den Rand zu drängen. Das habe auch mit dem Versagen einer gemeinsamen europäischen Strategie zu tun, wie man etwa an der Pleite mit dem Europolprojekt gesehen habe. In der Polizeiausbildung habe sich der verheerendste Mangel überhaupt gezeigt – es hätten über 2.000 Ausbilder gefehlt. Solche Fehlschläge könne man sich nicht mehr leisten – dazu reiche die Zeit nicht mehr. Längerfristig seien alle diese Aufgaben natürlich von der UNO auszuführen. Jedoch müsse die UNO in längeren Zeiträumen (mindestens drei bis fünf Jahre) denken, während es jetzt um Schnelligkeit und Ergebnisse ginge.

Botschafter Sedwill wies darauf hin, dass die Erfolge des zivilen und militärischen Einsatzes untrennbar miteinander verbunden seien. Dies bestätigte der deutsche Regierungsdirektor bei der ISAF. Man müsse dringend in die Fläche gehen, damit auch dort endlich Ressourcen spürbar bei der Bevölkerung ankämen. Die lokalen Provinzräte müssten stärker in die Entscheidungen eingebunden werden. Es dürfte keine *No-Go-Areas* mehr geben und die Talibangebiete müssten endlich ausgetrocknet werden. Dabei müsse sich die Bevölkerung darauf verlassen können, dass ihre Sicherheit auch auf Dauer gewährleistet sei, sonst sei es für sie nachvoll-



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

ziehbar klüger, in der Deckung zu bleiben und sich auf eine mögliche Rückkehr der Taliban vorzubereiten.

Der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs Kai Eide äußerte ohne jegliche Umschweife die Notwendigkeit der Truppenaufstockung. Das Entscheidende sei nicht, ob Gebiete erobert werden könnten, sondern vielmehr die Frage, ob man sie halten und damit der Bevölkerung ein Stück Vertrauen und Sicherheit geben könne. Seinen Alltag prägte die Sorge um mögliche verheerende Anschläge und die Verantwortung für die ihm anvertrauten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen laste schwer.

Die Amerikaner gingen die neue Strategie mit sehr hohem Tempo an. Von den 22 regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) würden schnelle Veränderungen und zivile Aufbauerefolge verlangt. Eide zeigte sich besorgt, ob die Agenda für Afghanistan nicht zu ehrgeizig sei, denn 80% der Zivilisten seien Analphabeten. Außerdem gebe es nicht ausreichend ausgebildete Juristen - dies erschwere die Strafverfahren gegen Aufständische. Eide äußerte sich ferner skeptisch, ob die zahlreichen anstehenden Großprojekte (die militärische Offensive im Süden, das Abhalten von einer Reihe von Friedensversammlungen sowie die Parlamentswahlen) innerhalb eines halben Jahres nicht eine Überforderung sei.

19. Februar: Masar-i Sharif

Hier besuchten wir deutsche Soldaten und Polizeiausbilder. Auch sie lobten das kluge und entschiedene Vorgehen der USA. Endlich würden Militär und zivile Entwicklung zusammengedacht. Das Vorgehen im Süden bilde eine Blaupause für zukünftige Strategien. Es gehe nicht mehr darum, Gegner „zu vernichten“ sondern die Bevölkerung zu schützen. Entwicklungsprojekte und der Aufbau von Institutionen müssten nachfolgen, auch und vor allem in afghanischer Verantwortung. Eine Polizei, die eher einer leicht bewaffneten Infanterie und weniger unserem Verkehrspolizisten entspreche, müsse nach dem Militär die Gebiete halten.

Dem Einsatz lägen 4 Punkte zugrunde:

1. das Versprechen der internationalen Gemeinschaft an die Afghanen
2. der radikale Islam dürfe nicht siegen und damit an Stärke gewinnen
3. die Stabilität in der Region (Pakistan) müsse erhalten bleiben
4. das Terrornetzwerk Al Qaida dürfe nicht zurückkehren

Außerhalb von Masar-i Sharif

Anschließend fuhren wir – stark gesichert – in die Region. Der Alltag der Patrouillen werde durch die Angst vor unberechenbaren Sprengstoffanschlägen bestimmt. Die Soldaten beschäftige die Angst vor Verstümmelung beinahe mehr als die vor dem Tod. Angesichts der Vorgaben und Aufgaben vor Ort, so die Soldaten, sei man klar unterbesetzt. Es könne nicht angehen, dass letztlich eine politische Entscheidung, ausschlaggebend für die Höhe der Truppenaufstockung sei, statt dass man sich am tatsächlichen Bedarf vor Ort orientieren würde.

Besuch eines afghanischen Lagers mit deutschen Soldaten als Mentoren

Ein afghanischer General, der eng mit den deutschen Soldaten zusammenarbeitet, betonte, dass es vor allem um die Frage der Perspektiven gehe, die man den Menschen vor Ort geben



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

könne. Nur so gebe es eine Chance, auf Dauer die Region zu beruhigen und die Menschen von dem Weg der Regierung zu überzeugen. Das größte Problem im Norden seien die sogenannten „paschtunischen Taschen“. Hier gebe es sowohl Anhänger der Taliban, aber auch von Hekmatjar, die militant und oft in der radikalen Partei Hisb-i Islami organisiert seien.

Die Missionen seien vielfältig und griffen ineinander: es gebe sowohl das internationale wie auch das afghanische Militär sowie unterschiedliche zivile Organisationen (UNAMA, EU, NGOs). Das zeige, dass es hier nicht um eine Kriegsführung, sondern um *Nationbuilding* und die Befriedung des Landes gehe.

Deutsche ISAF-Soldaten

Die deutschen Soldaten zeigten sich sehr angefasst über die verquere Wahrnehmung ihres Einsatzes in Deutschland. Sie hätten sich nicht darum gerissen, nach Afghanistan zu gehen, sondern seien von der Politik entsandt worden; die aber tauche in der gesellschaftlichen Debatte ab. Sie leisteten ihre Arbeit getragen von dem Willen, dem afghanischen Volk eine Zukunft geben zu wollen. Die Umkehrung der Verantwortung, als müssten die Soldaten statt der Politik sich für diesen Einsatz rechtfertigen, verbitterte manch einen Soldaten, der das Risiko von Verletzung und Tod auf sich nehme.

In der Region Kundus sei der Beschuss mit gefährlichen panzerbrechenden Waffen und Maschinengewehren Alltag. Die Einsatzrichtlinien zwingen die deutschen Soldaten zur Antwort mit Leuchtmunition, falls es Anzeichen für die Gefährdung von Zivilbevölkerung gebe. Davon sei jedoch grundsätzlich auszugehen, wenn der Beschuss aus einem bewohnten Umfeld komme. Diese Vorgabe werde von den Aufständischen zu ihren Gunsten genutzt – sie starteten ihre Angriffe gezielt aus bewohnten Gegenden heraus.

Treffen mit deutschen Polizeiausbildern

Das German Police Project Team (GPPT) wurde im Jahr 2002 nach der Petersberger Afghankonferenz gestartet. Das Budget beläuft sich auf 40 Mio. Euro und ist Teil des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes. Seit 2006 ist das Projekt multinational und wird seit 2007 über EUPOL abgewickelt. Im Jahr 2009 wurde von weniger als zehn auf 100 deutsche Ausbilder aufgestockt; 2010 ist eine Erhöhung auf 200 geplant. Allerdings bleiben den Trainingsexperten vor Ort nur drei Monate für die Ausbildung. Die Ausbildungsorte sind Masar-i-Sharif, Kundus, Feyzabad sowie die Polizeiakademie in Kabul.

Die Außenstelle der Polizeiakademie in Masar-i Sharif soll noch in diesem Jahr 600 Polizisten ausbilden können. Derzeit gibt es 373 Auszubildende. Diese erhalten ein achtwöchiges Basis-training sowie einen vierwöchigen Block für spezielle Ausbildung. Die polizeilichen Unteroffiziere erhalten eine viereinhalbmonatige Schulung. Es werden nicht nur Männer sondern auch Frauen geschult. Das ist auch notwendig, weil Männer keine Frauen durchsuchen können.

In ganz Afghanistan sollen künftig 5.000 Polizisten im Jahr ausgebildet werden. Das Problem bleibt die Masse (anvisiert wird die Zahl von 102.000 Polizisten für 2010), aber auch die Qualifikation der Ausbildung. Die afghanischen Familien schicken vor allem die in die Schulung, die nicht allzu viel zum Lebensunterhalt beitragen. In den Basistrainings für den einfachen Polizeidienst gibt es 60 bis 90% Analphabeten. Mit Waffen sind sie in der Regel nicht vertraut, oft auch wenig trainiert. Nach körperlichen Übungen gibt es Schlangen vor dem Sanitätshaus, weil



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

die Männer keinen Muskelkater kennen. Trainiert wird auch systematisches Vorgehen als Gruppe bei der Überwindung von Hindernissen. Die Ausbildung unter diesen Bedingungen ist schwierig. Es wird viel mit Playmobilfiguren gearbeitet, um die fehlende Alphabetisierung zu ersetzen und es werden Geschichten erzählt, oft blumig, der Kultur entsprechend. Das Einkommen der Polizisten beläuft sich nach Zertifizierung auf etwa 170 Dollar. Zum Vergleich: Ein



Dolmetscher in Afghanistan verdient etwa 500 Dollar. Insofern ist es immer noch schwierig - wenn man eine Familie ernähren muss, den Polizeiberuf zu wählen. Wenn die Polizisten nach acht Wochen in den Dienst entlassen werden, werden sie vollständig ausgerüstet mit mehreren Uniformen, Gewehren etc.

Ohne militärische Begleitung ist die Polizeiausbildung nicht möglich. Ein Polizei-Mentor-Team besteht aus vier Polizisten und vier Feldjägern. Hinzu kommen in der Regel sechs Infanteristen zum Schutz der Polizisten sowie eine Sanitätskomponente. Jede Erhöhung auf Seiten der Polizei zieht somit automatisch einen entsprechenden Bedarf

militärischer Kräfte, Fahrzeugen und Ausstattung nach sich. Polizisten und Soldaten vor Ort schreiben der Politik ins Stammbuch, dass die Politik sie schließlich mit einem Auftrag versehen habe und dafür politisch auch den Kopf hinhalten muss.

Nach Meinung der Feldjäger seien sie selber für die Ausbildung der in Afghanistan benötigten Fähigkeiten – polizeilich und militärisch – gut geeignet. Robust ausgebildete Polizisten wären vor Ort angesichts der Lage in Afghanistan sehr sinnvoll. Ein stärkeres Engagement der Feldjäger würde allerdings eine Umstrukturierung bzw. Vergrößerung der Truppengattung in Deutschland und eine Umsteuerung von Ressourcen bedeuten. Die mittlerweile in weiten Teilen hochspezialisierte Feldjägertruppe ist derzeit durch Mehrfachbelastung im In- und Ausland nicht in der Lage, eine sehr viel höhere Anzahl an Feldjägern durchhaltefähig ins Einsatzland zu entsenden, ohne an anderer Stelle Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

Letztlich muss es hinauslaufen auf die Schulung von Ausbildern. Nur mit ersten Grundkenntnissen ausgestattet wird man später diese Polizisten weiterqualifizieren müssen. Sie verlassen die Ausbildung in der Regel nur mit der Fähigkeit, an Checkpoints zu agieren.

Als vertrauensbildende Maßnahmen wird der Kontakt mit der Bevölkerung gesucht. Das geht aber nur in relativ ruhigen Regionen. Man lässt möglichst Afghanen die sozialen Maßnahmen ausführen (Verteilung von Wasser, Versorgung von Krankenstationen u.ä.). Größere Projekte werden ausgeschrieben und z.B. von der GTZ ausgeführt.

Eindringlich wurde vor Ort geschildert, dass die Polizisten gefährdet sind. Sie leben mit der Gefahr der Anschläge - vor allem der gefürchteten Sprengstoffanschläge. Es gibt außerdem große Probleme bei der Koordinierung der vielen Akteure: EUPOL, eine amerikanische Komponente, eine deutsche Komponente, eine afghanische Komponente. Eine konkrete Befehlskette zwischen ihnen gibt es nicht.



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

20. Februar: Kabul, Empfang mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Meine Reise endete mit einem Abend in der deutschen Botschaft, in die etwa zehn Parlamentarierinnen und Parlamentarier eingeladen worden waren. Vom Mujaheddin bis zu einer Präsidentschaftskandidatin der Frauenbewegung repräsentierten sie die große Heterogenität des Parlaments. Sie bedankten sich ausnahmslos für die Hilfe aus Deutschland und betonten, dass der ISAF-Einsatz von der UN zum Schutz gegen Terror und für die Menschenrechte mandatiert sei. Bei einem Sofortabzug der ISAF, so die einhellige Meinung, sei mit einem noch größeren Blutvergießen als 1992 bei der Machtübernahme durch die Mujaheddin zu rechnen. Ohne Sicherheit könne der zivile Aufbau nicht stattfinden. Menschenrechte und damit vor allem die Frauenrechte wären dann in Gefahr.

Die Frauen unter den Abgeordneten stehen der *Reconciliation*-Politik sehr kritisch gegenüber. Sie befürchten ein *Roll Back* auf der ganzen Linie: Bei dem Zugang der Mädchen zu Bildung, bei der Möglichkeit der Berufsausübung und bei ihrem Anspruch, Subjekte und nicht Objekte in der afghanischen Gesellschaft zu sein. Vor Beginn der Verhandlungen wollen die Frauen wissen, wo die rote Linie bei den Menschenrechten ist. Sie fürchten zudem um die verfassungsrechtlich garantierte Frauenquote von 25% der Parlamentssitze. Schon jetzt zeichne sich ab, dass die Angst der Frauen so groß sei, dass die ihnen zugebilligten Parlamentssitze nicht mehr besetzt würden.

Ein Parlamentarier bekannte, dass er einst gegen die russischen Besatzer gekämpft habe. Heute unterstütze er allerdings die Präsenz der internationalen Truppen. Die internationale Gemeinschaft sei gut beraten, sowohl die Regierung Karsai, die nicht frei von Korruption und Machtstreben sei, als auch die Taliban im Auge zu behalten.

Nach den aus den paschtunischen Gebieten im Norden gegen ISAF kämpfenden Mujaheddin und der Reintegrationsfähigkeit Hekmatjars gefragt, vermutete der Abgeordnete, dass Präsident Karsai zur Machtabsicherung für den Fall des internationalen Abzugs auch mit der Hekmatjar-Partei Hisb-i Islami verhandeln würde. Im Widerstand gegen die Sowjetunion sei Hekmatjar als junger Mann eine emotionale und einflussreiche Figur gewesen. Inzwischen sei er weitgehend einflusslos und des Lebens auf der Flucht müde.